

# **Studiengebühren stoppen – Streiks und Proteste ausweiten!**

**Schwarz-Gelb will 500 Euro Gebühren pro Semester. Die Studierenden wehren sich mit Demonstrationen und Streiks. Aber wie können die Proteste gegen eine zu allem entschlossene Landesregierung zum Erfolg geführt werden?**

Schon heute ist Bildung in Deutschland vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Nur 11% der Kinder aus sozial schwachen Familien studieren, im Gegensatz zu 81% bei der höchsten sozialen Herkunftsschicht. Studiengebühren verschärfen diese Ungerechtigkeit noch.

Politiker aller Parteien verweisen gerne auf die leeren Kassen von Bund, Land und Kommunen. Doch diese Kassen sind leergeplündert worden. Die 100 reichsten Deutschen zusammen haben ein Privatvermögen von 250 Milliarden Euro, für das sie keinen Cent Vermögenssteuer zahlen. Die Gewinne der Dax-Unternehmen stiegen 2004 um 16%, gleichzeitig drücken sich Konzerne vor der Gewerbesteuer. Dort ist das Geld, das in der Bildung und im sozialen Bereich fehlt – dort sollten wir das Geld holen!

Im Sommer 2002 führte Rot-Grün Studiengebühren in NRW ein – durch die Hintertür der Studienkonten. Auch damals demonstrierten und streikten die Studenten an den Kölner Hochschulen. Teilweise mit Erfolg – eine zusätzliche „Verwaltungsgebühr“ von 50 Euro pro Semester wurde abgewehrt. Aber Schwarz-Gelb will mehr, nämlich Studiengebühren für alle. Der Angriff ist größer als im Jahr 2002. Trotzdem ist es möglich, ihn zurückzuschlagen.

## **★ Proteste ausweiten – in die Schulen und in die Betriebe!**

2002 nahmen die Studenten Kontakt zu den gleichzeitig streikenden Bauarbeitern in Köln auf. Studierende halfen bei Streikposten der Bauarbeiter, die IG BAU stand im Gegenzug den Studenten zur Seite. Auch 2005 gibt es in Kölner Betrieben Wut und Widerstand gegen geplante Massenentlassungen. Nur gemeinsam haben Studierende und Beschäftigte eine Chance. Wie kann man sie zusammenbringen? Und wie kann man die SchülerInnen erreichen – die Studierenden von morgen?

## **★ Wir brauchen eine politische Alternative!**

Auch wenn Rüttgers direkter vorgeht, als es Steinbrück tat – alle etablierten Parteien sind für Studiengebühren. In allen Bundesländern unter allen möglichen Koalitionen werden Studienkonten oder -gebühren eingeführt. Wir wollen nicht immer nur das kleinere Übel wählen müssen. Mit der Debatte um die „neue Linkspartei“ WASG hat ein Prozeß begonnen, eine neue Kraft aufzubauen, die gegen Sozialabbau in jeder Form eintritt. Welche Rolle können Studierende und die Proteste gegen Studiengebühren dabei spielen?

Diese Fragen wollen wir zusammen mit Euch diskutieren:

**Wie können die Proteste erfolgreich fortgeführt werden?**

**Dienstag, 21.06. 19:30 Uhr**

**Allerweltshaus, Ehrenfeld, Körnerstr. 77**

**SAV**

**Sozialistische  
Alternative**

Tel.: 0221-933 78 45 – koeln@sav-online.de – www.sozialismus.info

ViSdP Stefan Hammelstein,  
Erlenweg 55, 50827 Köln